

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

133 (15.6.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Totalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Reaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wähler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.

Ein Echo aus dem Volk.

Zu der Behandlung der Schulfragen im Landtag. Unter der Ueberschrift „Dom Schulgesetz“ wird z. B. von den Nationalliberalen ein Flugblatt verbreitet, das offenbar die liberalen Sünden zudecken soll. Wir haben uns zu dem Flugblatt deshalb noch nicht geäußert, weil dasselbe für jeden, der den „Bad. Beob.“ aufmerksam liest, schon von vornherein widerlegt ist. Es ist ein der zweifelhafte Versuch der Verteidigung einer Partei, um die verwerflichste Sache. Um so lieber ist es uns, daß wir es unsern Lesern in der Zukunft eines mitem in Leben stehenden Herrn zeigen können, wie man speziell den katholischen Volk über die liberalen Versuche denkt, sich von dem Vorwurf der Freisetzungs- und Kirchenfeindschaft zu reinigen. Die Aufschrift lautet:

„Die nationalliberale Partei Badens sät sich wegen ihrer religionsfeindlichen Haltung, die sie anlässlich der Beratung des Schulgesetzes eingenommen hat, nicht recht wohl. Das Generalsekretariat der nationalliberalen Partei hält es nämlich für nötig, verschiedene liberalen Zeitungen ein Flugblatt beizulegen, in dem in überschwänglichen Worten und geliebten Nebenwendungen der Charakter des § 114 als eines Ausnahmegesetzes besprochen wird und die Nationalliberalen als wahre Schutzhüter der Religion und Schule gepriesen werden. Diese Schutzhüter läßt tief blicken, macht aber auch jeden denkbaren Wähler fertig. Die nationalliberale Partei will mit diesem Flugblatt, auf deutsch gesagt, ihre bekannte Einseitigkeit der christlich gesinnten Bevölkerung gegenüber in Anwendung bringen. So hat die Partei es von jeder Gelegenheit das Kulturkampfproh, und jeder passenden Gelegenheit zum Singspiel hingehängt. Sie hat die Wähler hin und her zu führen: „Wir Nationalliberale sind zu jeder Zeit für das Wohl und die Freiheit des Volkes eingetreten.“ Die vielgepriesene Freiheit, die sie aber so herrlich und so fein, daß sie dieselbe nur für sich allein kennen und kannten. Doch nur jählich, mit der famosen Einseitigkeit politisch, die Herr Nationalliberalen diesmal nicht viel Glück haben. Weiß doch jeder christlich gesinnte Mann, welche unfreundliche Haltung in Religionsangelegenheiten gerade die nationalliberale Partei im Verein mit der Sozialdemokratie im vorletzigen Landtag eingenommen hat und einnimmt. Es hat den Anschein, als ob dieses Verhalten schon beim Großblodkommen in das Programm mit aufgenommen worden sei. So einzig ist man!

Simultanisierung der Lehrerrenten und Anhebung der kirchlichen Korporationen durch Zustimmung zum § 114 werden zwei unaufrichtige Punkte im Verstand der nationalliberalen Partei bleiben. Die christlich gesinnte Bevölkerung wird ihr diese beiden Leistungen niemals mehr vergessen. Bei allen Männern, denen Religion Vergnügen ist, ist die Erbitterung größer, als die

nationalliberale Partei das abnt. Schreiber dieser Zeilen steht als Beamter mitten im Berufsleben. Er kommt mit allen Klassen der Bevölkerung in Berührung, er kennt daher die Stimmung weiser Kreise. Ohne zu übertreiben, kann man ruhig sagen, daß der größte Teil der hier in Betracht kommenden Bevölkerung noch niemals so eröttert über das Auftreten einzelner Abgeordneter gewesen ist wie jetzt. Man hört nur eine Stimme, sie lautet: Diese fortgesetzte Bestämpfung der Religion haben wir satt. Das christlich gesinnte Volk wird alles tun, daß die obersten Kulturkämpfer bei der nächsten Landtagswahl womöglich aus der Kammer verschwinden.

Wie haben nur die Großblodbrüder im vergangenen Jahre in ihren Versammlungen die Wähler mit der Finanzreform aufgehetzt, um Stimmenfang zu treiben. Hätten sie den Wählern gesagt, daß ihre Hauptaufgabe im kommenden Landtag die sei, die Religion in der Schule möglichst zu beschneiden, so wäre ein ganz anderes Resultat bei der Wahl herausgekommen. Für das unaufrichtige Verhalten werden die Herren bei der nächsten Landtagswahl einen kräftigen Denzettel erhalten. Und nun zu § 114.

Dieses Gesetz ist im Jahre 1868 dem Ministerium Jolly seitens der kulturkämpferischen Nationalliberalen anstößig worden. Es dient lediglich zur Anhebung der Religion, speziell der katholischen. Es ist eine Ausnahmebestimmung schlechterer Art und verstößt gegen das allgemeine Recht. Was jeder Private, was jede beliebige Privatperson tun kann, das soll der Kirche, den kirchlichen Korporationen nur aufgrund eines besonderen Gesetzes möglich sein. Diesen Ausnahmecharakter des Paragraphen kann die nationalliberale Partei trotz ihrer Abzügen im Flugblatt nicht bestreiten. Sogar der nationalliberale Berichterstatter, Herr König, konnte das nicht bestreiten. Auch die „Frankfurter Zeitung“ hat den Ausnahmecharakter des § 114 anerkannt, indem sie schrieb: „Andererseits ist aber kaum zu bestreiten, daß der Paragraph das Gepräge des Ausnahmegesetzes trägt.“ Die „Frankfurter Zeitung“ ließ sich folgenbermaßen aus: „Es ist zu sagen, daß diese die kirchlichen Korporationen unter ein Ausnahmegesetz stellende Bestimmung aus der Kulturkampfzeit stammt und schon damals den Widerspruch entschieden liberaler Männer herausgefordert hat.“ Die heutigen Nationalliberalen sind schon etwas leder. Sie treten mit Flugblättern vor das Volk hin und sagen: Seht einmal, was wir Nationalliberale mit dem § 114 für die Freiheit der Schule getan haben! O diese Gerechtigkeit! Aber sie ist und wird durchschaut! Da heißt es auch wieder: Nationalliberal ist ein schöner Name für eine schlechte Sache.

Es ist anlässlich aber auch nicht minder interessant waren die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Neumann über die Schulverhältnisse in Donaueschingen vom Jahre 1863. Er führte darüber folgendes an:

Entwicklung dieser Fragen als ein Musterbeispiel erlebt. Es war im Jahre 1863, als einige Klosterfrauen in Donaueschingen einzogen — es war ein Abteiger der Klosterschule in Rastatt — und zunächst eine Privatschule aufstufen, an der sich einige Töchter, die schon dem schulpflichtigen Alter erwachsen waren, zum Unterricht im Französischen und einigen höheren Fächern einfanden. Nun kamen zu den Mädchen, die über dem vollschulpflichtigen Alter waren, zunächst einige Mädchen im vollschulpflichtigen Alter. (Die Anzahl hat also unter der gegenwärtigen Tätigkeit der verbotenen Klosterschulen gute Fortschritte gemacht. Der Verfasser.) Nun kam noch die Agitation der Geistlichen hinzu, von Haus zu Haus, die die Eltern veranlaßte, ihre Kinder in die Klosterschule zu schicken. In der Zeit von zwei Jahren war der Prozeß endgültig fertig. (Der beste Beweis dafür, daß die Klosterschule gut und beliebt war, beliebt als die Mädchenwellschule. Der Verfasser.) Mein Vater hatte damals anstatt der 40 und 50 Schülerinnen, die er in seiner Klasse hatte, noch vor zwei und drei Schülerinnen zu unterrichten.

Herr Neumann hat mit diesen Ausführungen den betreffenden Klosterschwestern der damaligen Zeit indirekt das beste Zeugnis ausgestellt, während er seinem Herrn Vater nicht gerade einen Dienst erwiesen hat. Ansehend hat der Herr Abgeordnete Neumann die Tragweite seiner Worte nicht recht überlegt, oder vielleicht doch? Durch die Annahme des § 114 — die Erste Kammer wird dem Paragraphen nicht streichen — sind wir nun im badischen Land glücklich soweit, daß jeder Scherenschleifer eine Schule gründen darf, nur kirchliche Korporationen nicht. Für diese liebevolle Tat werden die Wähler den Großblodbrüder bei der nächsten Landtagswahl mit dem Stimmzettel den Dank abstrafen. Von welcher eminenten Hof einige Abgeordnete gegen die Religion erfüllt sind, das haben die Verhandlungen in der Zweiten badischen Kammer recht deutlich gezeigt. Es sei hier nur an den Namen Köblin erinnert. Dieser unternahm dieser Herr einen Angriff auf den Herrn Realschulvorstand in Dersbach. Als dieses Mandat mißlang, da schloß er sich über den Lehrmittelpunkt Herrn Weid in Baden-Baden her. Hierdurch zwang er den Großblodbrüder gegen Herrn Weid Untersuchung einzuleiten. Auch diese fiel nicht nach dem Wunsch des nationalliberalen Abgeordneten aus. Nun treibt das „Badener Tagblatt“ dieses Mandat in der gefälligen Art und Weise weiter. Verschwörer Menschen machen sich allerdings aus diesem Geschehnisse nichts mehr. Im Gegenteil, man laßt nur noch über solche Fanatiker, die schon am schwarzen Kleide eines katholischen Lehrmittelpunktens Anstoß nehmen.

Niemand wird nun behaupten können, daß Herr Köblin durch sein Auftreten, sowohl innerhalb wie außerhalb des Landtagsgebäudes, das Ansehen des Parlaments gehoben hat.

Die zwei letzten Sitzungen der Zweiten Kammer die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung betreffend.

Am Montag nachmittag und Dienstag vormittag wurde ein wesentlicher Teil der so tief einschneidenden Novellen von der Zweiten Kammer erledigt. Ueber ein Viertelhundert Abänderungsanträge zu den Kommissionsanträgen standen zur Beratung. Die Materie gehört ohnedies nicht zu den durchsichtigsten Dingen. Diese Flut von Anträgen machte sie noch verwickelter. Man muß es dem Präsidenten lassen, daß er sich der Situation gewachsen zeigte. Er wird das gleiche nicht von seiner Fraktion sagen können; dagegen muß auch der Gegner es dem Zentrum zugeben, daß es sicher und zielbewußt operierte. Am meisten fiel auf, daß oft so die Demokratie auseinanderfiel.

Am Montag spielte die Frauenbewegung eine Rolle. Die Sozialdemokratie verlangte in einem besonderen Antrag das Frauenstimmrecht für die Gemeindevahlen. Die Kammer lehnte es ab. Mit der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei stimmten noch die Herren Neumann und Dr. Koch. Die Kommission für Justiz und Verwaltung hatte beantragt, daß in die Kommission der Gemeinden die Frauen zugezogen werden „müssen“. Das Zentrum konnte sich mit dieser Wunschvorschrift nicht befriedigen und beantragte, diese in eine „Kann“-Bestimmung umzuwandeln. Allein es vermochte nicht durchzudringen. Ebenso suchte das Zentrum an „der selbständiger Lebensstellung“ als Voraussetzung des Wahrechts in der Gemeinde festzuhalten. Dabei suchte es die Mindestleistung an Staatssteuer von 20 Mk. auf 10 Mk. herabzusetzen. Allein der Großblod lehnte den dahingehenden Antrag ab. So fallen die bisherigen Voraussetzungen der selbständigen Lebensstellung, nämlich entweder ein eigener Haushalt oder ein eigener Betrieb oder 10 Mk. Staatssteuer. Die einzige Voraussetzung für den Staatsbürger wird jetzt nur noch das 25. Lebensjahr sein.

Eine Reihe von Anträgen bezogen sich auf den Bürgermeister. Die Nationalliberalen traten in einem solchen für die Pen s i o n s b e r e c h t i g u n g der Bürgermeister ein. Die Regierungsvorlage hatte eine solche vorgesehen, sie war aber von der Kommission abgetan worden. Nur die Abgeordneten der antragstellenden Fraktion und die Herren Schmund und Hummel stimmten dafür. So fiel der Antrag. In einem zweiten Teil waren die Nationalliberalen noch weiter gegangen und hatten verlangt: „In den Gemeinden von 2000 bis 4000 Einwohnern erhält der Bürgermeister, der eine Wiederwahl anzunehmen bereit war, aber nicht mehr gewählt wurde: a) nach 9jähriger Dienstzeit

Der Erbe von Moultry Hall.

Kriminalroman aus dem Englischen des F. J. Smith in freier deutscher Bearbeitung von ...

(Fortsetzung.)

Collin Crow war noch keine zweihundert Schritte weit gekommen, als er auf Mike und Snap triff, die wie Betrübene einherstapelten. — „Gute Nacht, alter Vurche!“ schlugte der erstere. — „Gute Nacht!“ gab der Anwalt gutgelaunt zurück. — „Ein Was gefällig?“ stammelte der zweite Dieb, indem er die Hand auf seinen Arm legte. — „Zu spät!“ — „Wie zu spät zum Trinken, alter Vurche.“ — „Wir wollen den Herrn traktieren — im „Dahjen“ drüben ist's noch auf.“

Da er die beiden jungen Leute für wirklich betrunken hielt, so verjagte es Collin, sich ohne Gewalt loszumachen, aber sie hielten fest und als er — ärgertlich darüber — den einen etwas rauh abspülte, schlug dieser ihm den Hut vom Kopfe. Wie er danach griff, fiel der Schein der Laterne ihm gerade ins Gesicht, so daß der Baron von seinem im Schatten befindlichen Standpunkte aus deutlich seine Züge erkennen konnte.

„Ihr seid unverdächtige Vurche,“ rief der Advokat zornig. „Geh! Eure Wege, oder ich rufe die Wache.“ — „Sol' der Henker die Wache!“ entgegnete Snap; „ich bin ein Gentleman.“ — „Ja, aber ein betrunkener.“

Von Natur gewalttätig, hätte der Kerl gar zu gerne ernstlich mit Gills Verteidiger angebanden, allein sein Kamerad fand es, da sie ja ihren Zweck erreicht hatten, für kluger, einer Begegnung mit der Polizei auszuweichen. — „Gute Nacht, Sir!“ jagte er, Snap mit sich fortziehend. — „Es gibt keinen ruhigeren Vurche, wenn er nüchtern ist.“ — „Schade, daß er's nicht bleibt,“ bemerkte Collin, der nun vollkommen auf der Hut war. — „Ich wollte ihn nur traktieren,“ schlugte der ältere Dieb. — „Aber der Gentleman will nicht traktiert sein.“ — „Dann soll er gute Nacht sagen.“ Crow tat dies und setzte seinen Weg fort, froh, so leichten Kaufes davonkommen zu sein. Mehrmals drehte

er sich um und sah ihnen nach, aber die Ganner spielten ihre Rolle ganz konsequent durch und fuhren fort, die Straße hinabzutromeln, bis sie ihm aus dem Gesichte waren. „Es hat nichts zu bedeuten,“ dachte Williams Bornund; „es ist ein bloßer Zufall, und nur zu verwundern, daß mir so etwas nicht schon öfter passiert ist.“

Mit dieser Betrachtung ging er über den Dorfauweg und erinnerte sich deselben erst wieder, als es zu spät war, den Folgen vorzubeugen. Sir Barnard Gaston war ein Mann der Tat. Sein erster Besuch des anderen Morgen galt seinem Anwalt. Nachdem sie über verschiedene Geschäftssachen gesprochen, fragte der Baron seinen Schwärwaller in gleichgültigem Tone, ob er einen gewissen Herrn Crow kenne. — „Collin Crow?“ fragte Mr. Saltmarsh. — „Ja, ich glaube, so heißt er.“

„Versteht sich,“ sagte er, „erwiderte der Mann des Geheges; „warum sollte ich ihn nicht kennen, er ist ja bei mir in die Lehre gegangen; das ist ein undankbarer, schamloser, intrigant, gemeiner Schuft, ein Schandfleck für unseren Stand. Ich nahm ihn als armen Knaben rein aus Mitleid auf, unterrichtete ihn, schenkte ihm mein Vertrauen, und zum Dank dafür — sollten Sie's glauben — schwacht er mir nun einen Klienten um den anderen weg. Aus dem Verlust mache ich mir nichts,“ fügte er bei. „Ich habe, Gott sei Dank! trotzdem noch vollauf zu tun; aber die... die Undankbarkeit tut mir weh!“

„Das läßt sich denken,“ bemerkte sein Besuch. „Da Sie ihn so gut kennen, so sind Sie vielleicht imstande, mir noch mehr über ihn zu sagen. In erster Linie, wie Sie dazu kamen, ihn in Ihr Bureau aufzunehmen.“ — „Das geschah auf Empfehlung Lord Cheverlys.“ — „Meines Schwiegerjohns?“ — „Seine Lordschafft hat nicht schon an mir gehandelt,“ fuhr Mr. Saltmarsh fort. „Geschäfte, welche das Departement des Innern betreffen, antilige Geschäfte, die seit Jahren in meinen Händen waren, sind diesem Emporkömmling übertragen worden. Ich möchte nicht gerne gegenüber einem so nahen Verwandten von Ihnen die Leitung dieser Augen setzen, Sir Barnard, aber ich muß Ihnen gesehen, diese Behandlung hat mich sehr überaus.“

In seiner Entrüstung vergaß der Sprecher beizufügen, daß er die Geschäfte, auf welche er anspielte,

Jahre lang hatte liegen lassen, bis die Geduld des Ministers endlich erschöpft war, und daß Collin sie in wenigen Monaten erledigte.

„Ohne Zweifel der Sohn von einem von Cheverlys Gutsleuten?“ sagte der Baron. — „Der meinst du?“ — „Ja, Sir Barnard. Der Vurche stammt von Wicksal her, aus dem Armenhaufe,“ fügte der Anwalt mit besonderem Nachdruck bei. „Er hat, so viel ich weiß, der Gräfin vor ihrer Heirat einen Dienst erwiesen und erweist sich seither der Protektion des Karls. Aber das ist nicht das einzig Merkwürdige bei der Geschichte. Ihr Neffe, Mr. Edward Gaston, ist sein wärmster Freund.“ — „Sind sie schon lange bekannt?“ — „Seit Jahren.“

Der Herr zu Moultry fragte nicht weiter. So dunkel die Sache auch noch schien, der Anhaltspunkt war gefunden, und einem so feinen Kopfe konnte es nicht schwer fallen, an seiner Hand das Nützlich zu lösen; nach wenigen Tagen stand auch der Käufer des Hauses in Dorfstraße, der Knabe zu Woodjoll, sein ältester Enkel und Erbe. „Schlau angelegt!“ sprach er zähneknirschend, als er mit bestigten Schritten das Bibliothekszimmer zu St. James Square durchmaß. „Mary! Edward! Ja, das sind die Wipern, die diesen Anschlag gegen die Ehre meiner Familie ausgedacht haben. Nach meinem Tode soll Hugo umgarnen und der Sohn von Bella Harding, der armen Barrerwöchter, der Welt als der rechtmäßige Erbe vorgestellt werden. Nie!“ setzte er mit Nachdruck hinzu, „nie soll dieser Bastard den Namen Gaston erben! Wieder will ich ihn erledigen lassen. Sie haben mich herausgefordert, die Loren! Gut! Sie sollen mich der Aufgabe gewachsen finden.“

48. Kapitel.
Als Mr. Spams sich frühzeitig des anderen morgens auf dem Jägerhaus einfand, wollte ihn Miles' Frau anfangs nicht einlassen. Ihr Mann schlief noch und das arme Weib fürchtete ihn viel zu sehr, um ihn aufzuwecken, oder ohne seinen Befehl jemand die Türe zu öffnen. „Können Sie nicht später kommen?“ fragte sie.

Der Jude schüttelte verneinend den Kopf. — „Mein Mann kommt erst in ein bis zwei Stunden herab — er gehört nicht zu denen, die bald aufstehen.“

— Eben darauf hatte der Weich gerechnet, um desto ungehörter seine Beobachtungen machen zu können. — „Sie wissen vermutlich, was ich mitbringe?“ erwiderte er, indem er einen großen steinernen Krug unter seinem Mantel vorzog. „Mr. Goring wird es wohl nicht gerne sehen, wenn ich das wieder mitnehme, denn ich kann nicht wieder extra deshalb von Wicksal hierherkommen, das trägt sich nicht aus, meine Liebe.“

Mrs. Goring hatte Miles gegen Skillet vor zwei Tagen den Schiedam erwägen hören, und da sie fürchten mußte, ihn, wenn das Getränk ihm entginge, wütend zu machen, so hielt sie für's Klügliche, den Mann einzulassen.

Was konnte auch für eine Gefahr dabei sein — ihr Pflegebefohlene, der unglückliche Schloffer, was ja im höchsten Grade blödsinnig. — „Kommi herein und ruht Euch aus,“ sagte sie. „Ich will leben, so mein Mann noch nicht aufsteht.“ Mit diesen Worten führte sie ihn in die Halle, einen großen, in edlem Stil erbauten Raum, mit Kriegs- und Jagdtrophäen behangen, der aber jetzt als Küche dienen mußte. Ein lustiges Feuer prasselte auf dem Herde und davor lag — zusammengekauert — mehr einem Tier als einem Menschen ähnlich — das Opfer der Grausamkeit des Barons und Miles Gorings. Mr. Spams fuhr mit gut verstelltem Schreden zurück, als er ihn erblickte. — „Seid außer Sorge,“ sagte die Frau, „er tut Euch nichts.“ — „Gottes Wunder!“ stieß der Jude heraus; „was ist das?“ — „Ein Mensch wie Ihr selbst,“ verlegte Mrs. Goring, „nur unglücklicher. Die Vorziehung hat ihn der Vernunft beraubt. Ich bin bald zurück — verlaßt das Zimmer nicht.“

„Nun! Nun! Nun!“ sprach der Jude bei sich selbst, als er allein war; „wer hätte das geglaubt? Es soll mich doch Wunder nehmen, wenn die Vorziehung seine Peine so zugerichtet und ihn zum hilflosen Krüppel gemacht hat. Er war stark genug, als ich mit ihm zu tun hatte.“

Aus dieser letzten Bemerkung zu schließen, hatte er den Schloffer erkannt, und sogar Spams' Wirtin eine Regung des Mitleids in seiner Brust, wie er den Unglücklichen in diesem bejammernswerten Zustande vor sich sah. — „Ihr seid wohl warm hier?“ sagte er, indem er ihn leicht mit dem Fuße anstieß.

einem Jahresgehalt, b) nach 18jähriger Dienstzeit zu einem Jahresgehalt (als Bartgeld). Diese Bezüge kommen in Wegfall, wenn dem Bürgermeister ein Ruhegehalt gewährt ist. Dieser Teil des Antrags wurde von den vier Fraktionen, dem Zentrum, den Konservativen, den Demokraten und den Sozialdemokraten abgelehnt. Der Kommissionsantrag, daß die Bürgermeister gesetzlich keine Pension erhalten sollten, wurde vom Zentrum, den Konservativen, den Sozialdemokraten und Dr. Heimbürger angenommen.

Dramatisch gestaltete sich der berühmte Antrag Schmid-Singen. Er betrifft die alte Forderung des Zentrums, daß Bürgermeister und Gemeinderäte in Gemeinden unter 4000 Einwohnern direkt gewählt werden sollen. Dieser Antrag nimmt sich bei den Nationalliberalen geradezu komisch aus, wenn man weiß, welche Haltung gerade diese Partei in den neunzig Jahren in der Frage eingenommen hat. Dabei hatte der Vertreter von Singen den klugen Mut, zu behaupten, diese Forderung sei eine programmatische seiner Partei. Ein lautes Gelächter in der Kammer belehrte ihn, was man von diesen seinen Sprüchen hielt. Als bald erhob sich denn auch Herr von Bodman und sprach sein „durchaus unannehmbar“ und wiederholte es zum zweiten und dritten Male, nachdem er schon früher es verurteilt hatte, daß der Antrag in der Kommission nicht gestellt worden war. Nun war die Gelegenheit gekommen, das Verprechen einzulösen und mit den Herren in Karlsruhe ein kräftig Wort zu reden. Allein der Vertreter von Singen schwie in allen Tonarten. Dafür wurde es jetzt in seiner Fraktion lebendig. Herr Rebmann sandte seinen Adjutanten Weiskopf-Mehrfach zu Herrn Süßkind, und Süßkind kam. Man besprach, was zu tun sei. Süßkind stellte dann auch den Antrag, die Angelegenheit nochmals an die Kommission zu verweisen; da erkannte sich das Zentrum und beantragte die Abstimmung zu verschieben, damit die Herren um Schmid-Singen den „Mantel“ finden könnten, um den Antrag zurückzuziehen. Schließlich einigte man sich auf eine Unterbrechung der Sitzung auf eine Viertelstunde. Der Großblock verschwand. Das Zentrum plauderte im Sitzungssaal. Auf einmal erschien am Regierungstisch eine Deputation des Blocks, bestehend aus Rebmann und Dr. Vogel und unterhandelte mit dem Minister. Kolb sah von seinem Platte aus zu. Aus den Gesichtern der Deputation konnte man es lesen: Bodman blieb unerbittlich. Die Deputation zog wieder ab. Bald erschien der Block wieder im Sitzungssaal. Rebmann ging zu Kolb. Wahrscheinlich referierte er dem Oberkommandierenden über die Beschlüsse. Frank ist bekanntlich durch Krankheit verhindert, an den Beratungen teilzunehmen. Nun erhob er sich der Reihe nach, die Herren Rebmann, Kolb und Dr. Vogel und erklärten, daß man den Antrag zurückziehe und sich auf den Standpunkt der Kommission stelle. Der Minister verneinte nicht, diese „staatsmännische“ Einsicht zu loben. Sonst im Reden pflegt sich dieser ganz brauchbare Artikel um Stellen von Anträgen zu zeigen, hier aber offenbarte er sich im Zurückziehen von gestellten Anträgen. Wenn was Zurückziehen „staatsmännische“ Einsicht war, was mag denn die Einbringung des Antrags gewesen sein? Der Kommissionsantrag wurde, das war das Ende der großen staatsmännischen Aktion, schließlich mit allen gegen die Stimmen von Monch und Sed angenommen. Weiterer hatte auch vorgeschlagen, das Viertelstundenbeim Zentrum im Sitzungssaal zu verbleiben. Der Vollständigkeit halber wollen wir es auch erwähnen, daß die Demokraten alle Bürgermeister und Gemeinderäte aller Orte und Städte aus direkter Wahl hervorgehen lassen wollten. Ebenso sei erwähnt, daß die Sozialdemokraten inbald den gleichen Antrag wie Schmid-Singen eingebracht hatten. So ging's in Sachen der Bürgermeisterwahlen. Lorbeer haben sie sich keine geholt, die Herren vom Großblock.

Die Sozialdemokratie hatte noch den Antrag gestellt, die Amtsblätter der Bürgermeister von 9 auf 6 Jahre herabzusetzen. Sie blieben in der Abstimmung allein. Nur Dr. Heimbürger erbatte die Führer der fortschrittlichen Volkspartei nicht, seine Fraktion konnte einmal oder doch — einst geschlossen abstimmen? Die Gefahr war ausgelassen.

Der Krüppel rutschte näher, sah in die Höhe, stützte den Kopf auf beide Hände und flüster ihm ins Gesicht. — „Kannst Zhr mich nicht?“ flüsterle der Jude. — „Hil wuh, wuh!“ freischte der Wolljünger auf ihn deutend.

„Gottes Wunder! Gottes Wunder!“ Einen Augenblick kam es ihm vor, als bemerkte er in dem Auge des Schloßers einen Schimmer von Intelligenz, und sich herabbeugend, wiederholte er seine Frage in seinem eindringlichsten Tone: „Nun, Mr. Andrews, kennen Sie mich wirklich nicht?“ — Die unartikulierten Worte wurden wiederholt. — „Ich bin ein Freund!“ (Fortf. folgt.)

Theater und Kunst.

— Zum Gastspiel des Berliner Deutschen Theaters. Charakteristisch für Paul Wegener wie für Tilla Durieux ist die Beobachtung, mit welcher lebenshaften Inbrunst sie die Psychologie der darzustellenden Persönlichkeit auszuschnüpfen suchen. Und zwar in den verschiedenartigen Bühnenrollen und natürlich ohne Rücksicht auf ein bestimmtes Hauptcharakteristisches „Fach“, da ihre stark ausgeprägten Individualitäten sie eben für Ausschnitte uns entgegengeleiteter „Fächer“ geeignet erscheinen lassen. So hat Tilla Durieux, ohne irgendwie in Gestalt und Ausdruck die älteren Formen der Duetten zu besitzen, in den letzten Jahren mit Gebbels „Judith“, Schillers „Prinzessin Golitz“, der „Lady Milford“, das größte Interesse erregt. Auf der anderen Seite spielt diese merkwürdige Schauspielerin die Wilde'sche Salome, elegante Salonladyen in französischen Komödien, sie spielt Ibsen, Shaw, oder wie hier im „Graben von Gleichen“, wo man sie in Berlin ganz besonders gefeiert hat. Paul Wegener erinnert in seinem Gesichtsausdruck häufig an die großen klassischen Schauspieler, wie man sie besonders am hiesigen Theater in Moskau findet. Bedenklich ist die Richtung, in die er sich bewegt hat. In „Hamlet“ wie sein Franz Moor und sein Holofernes. Im modernen Repertoire hatte er in der letzten Saison die größten Erfolge in Schindlhamms „Gras von Gleichen“ (den er hier spielen wird) und in Charvats Komödie „Der Arzt am Scheideweg“ zu verzeichnen.

Vom Bürgermeister zum Gemeinderat! Die Demokraten wollten in allen Gemeinden, die nicht der Städteordnung unterliegen, die Gemeinderäte direkt von den wahlberechtigten Einwohnern wählen lassen. Schmid-Singen und die Sozialdemokraten wollten, daß die Gemeinderäte in Gemeinden bis 4000 Seelen direkt gewählt würden. Das hatte aber schon die Kommission beschloffen, war also nichts neues und besonderes. Dafür war aber ganz neu, was die Sozialdemokratie beantragte, daß die Sitzungen des Gemeinde- (Stadt-)rates grundsätzlich öffentlich sein sollten, „soweit nicht Rücksichten auf das Staats- oder Gemeinwohl oder auf berechtigte Ansprüche einzelner entgegenstünden“. Mit den Sozialdemokraten stimmten die Demokraten Summel, Muser und Benedey. Damit war der unpraktische Antrag gefallen. Dafür siegte der Großblock damit, daß der Stadtrat einen Beschluß, den die Stadtverordneten mit Zweidrittelmehrheit gefaßt haben, ausführen muß. Das ist ein verhängnisvoller Beschluß. Nehmen wir den Fall an, durch irgend eine Manipulation gelingt es, solch einen Beschluß mit zwei Drittel Stimmenmehrheit herbeizuführen. Der Stadtrat erkennt aber in demselben eine schwere Schädigung seines Gemeinwohls; als charakterfeste Männer wollen sie sich nicht dazu hergeben, den Beschluß auszuführen und sie tun, was sie allein tun können und legen ihr Amt nieder. Nun hat derselbe Bürgerausschuß zu unteruchen, ob die Stadträte aus berechtigten Gründen ihr Amt niedergelegt haben. Diese Frage ist entscheidend, ehe sie gestellt ist. Der Bürgerausschuß kann sie nur verneinen. Was nun? Der Minister bezeichnete mit gutem Grund auch diesen Beschluß als eine Gefährdung des Gesetzes. Allein der Großblock hatte das Bedürfnis, doch mindestens bei einem Antrag zusammenzubehalten und verzichtete diesmal auf das Präklat staatsmännischer Weisheit.

Die Sozialdemokratie suchte den Gemeindevätern das Recht, die Mitglieder der verschiedenen Kommissionen zu ernennen, schlangenschnel abzuschöpfen und dem Bürgerausschuß zuzusprechen. Die Demokraten stimmten mit ihnen, aber ohne Dr. Vogel. Es wäre ja auffällig, wenn die Fraktion und fortschrittliche Volkspartei einig gewesen wäre. So blieb es bei dem Kommissionsbeschluß, daß in den Städten der Städteordnung der Stadtverordnetenverband vom Stadtrat zugezogen werden muß.

Nun noch ein paar Augenblicke zum Ausschluß. Die Sechstelung ist angenommen. Die Sozialdemokratie hatte die Abschaffung der Klassen-einteilung beantragt. Die Abgeordneten Summel, Vogel und Benedey stimmten mit ihnen. Dr. Vogel und Muser blieben ihnen. Die Nationalliberalen hatten durch Neuwirth beantragt, den Ausschluß auf sechs Jahre zu wählen, und zwar mit Integralerneuerung alle sechs Jahre. Selbst dem Minister ging dieser „Liberalismus“ zu weit in seiner Rücksichtigkeit. Mit Hohn und Spott meinte der Abg. Kolb: „Sofortlich haben die Antragsteller auch hier soviel staatsmännische Weisheit, daß sie diesen Antrag zurückziehen. Präsident Rohrbach zitierte alsbald Neuwirth und der Antragsteller und seine Freunde fanden alsbald die notwendige staatsmännische Einsicht und sogen den Antrag zurück. Der Kommissionsantrag, wonach alle vier Jahre Integralerneuerung stattfinden soll, wurde dann einstimmig angenommen.

Viel Arbeit machte der Proporz wie in der Kommission so am Dienstag im Plenum. Die Regierung hatte freie Listen vorgelegt. Die Kommission hatte in der ersten Sitzung die gebundenen mit 10 gegen 4 Stimmen beschloffen, in der zweiten Sitzung aber mit 8 gegen 6 Stimmen sich für freie Listen entschieden. Nun stellten die Nationalliberalen Anträge und wollten etwas Neues fabrizieren und Baden's Welt beglücken. Wir leben ja im neuen Baden? Allein es war dornig. Die Abg. Kopf und Schmund wiesen nach, welche logischer Unfug in dem Antrag noch stecke. Herr Kolb trennte, wie wohl er den Antrag noch als letzter unterzeichnet hatte, alsbald sein Kos von dem der Nationalliberalen und brachte den Antrag auf gebundene Listen ein. Dieser Antrag fand eine Mehrheit, bestehend aus dem Großblock, mit Ausnahme der Abg. Dr. Vogel, Summel und Benedey. Vom Zentrum stimmte der Abg. Seubert dafür. Nun kam die andere Frage, ob bis zur Hälfte die Namen gestrichen werden dürfen, ohne den Zeitel ungültig zu machen. Der Antrag noch besagte das in Art. 3. Ihm stellte der Abg. Kopf den Zentrumsantrag auf glatte gebundene Listen, jedoch jede Streichung die Ungültigkeit zur Folge hat. Dieser Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen der Nationalliberalen angenommen. Ein Meisterrück war die Haltung nicht, das mögen sich die im Ottavo Koch sagen.

Nun noch die Sonntagswahlen der Sozialdemokraten! Sie hatten nämlich den Antrag eingebracht: „Sämtliche Gemeindevahlen finden an einem Sonntag oder gesetzlichen Feiertag statt.“ Mit den Sozialdemokraten stimmte noch die Volkspartei. So fiel der Antrag.

Herr Sed hatte noch einen Extraantrag wegen Offenburger Verhältnissen eingebracht; dort hat man das Zentrum vergewaltigt und das antwortete mit Obstruktion, indem es der Wahl des Erstmannes fern blieb und so die Wahl unmöglich machte. Allein Herr Sed fiel durch mit seinem Antrag, nachdem er sich noch sagen lassen mußte, daß sein Antrag mangelhaft gefaßt sei.

Damit dirkten wir die hauptsächlichsten Anträge erörtert haben, soweit sie bis jetzt erledigt sind. Die Steuerfragen kommen morgen. Der Schuldenabzug wird wohl schon noch ein kleines Gefecht bringen.

Deutschland.

Berlin, 15. Juni 1910.

Keine Luftschifferakademie in Friedrichshafen? Wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, ist man von dem Plane, eine Luftschifferakademie in Friedrichshafen unter Aufsichtnahme von Reichsmitteln zu gründen, völlig abgekommen. Man glaubt, daß eine Luftschifferakademie in Friedrichshafen, etwa an das Materialprüfungsamt angeschlossen werden können. Das Zentrum, das diese Idee zuerst vortrat, wird sich auch neue der Sache annehmen haben.

Wandlungen in der Kolonialpolitik. Bis-mard erklärte am 9. Februar 1871 zu Versailles: „Ich will keine Kolonien. Sie sind bloß zu Versorgungsposten gut. Ein Kolonialbesitz wäre für uns genau so wie

ber selbstene Jodelsitz in polnischen Adelsfamilien, die keine Heiden haben.“ — Bismard führte am 26. Juni 1874 im Reichstage aus: „Wir wollen keine Provinzen, sondern nur kaufmännische Souveränitäten gründen unter der Oberhoheit des Reiches.“ — Caprivi meinte am 4. Februar 1891 im Reichstage: „Wir dürfen Gott danken, daß uns nicht jemand ganz Afrika schenkt.“ — Bismard bemerkte am 11. Dezember 1899 im Reichstage, daß Deutschland Weltpolitik treiben müsse. — Dernburg meinte, die Kolonialfrage sei eine nationale Frage: Vor 39 Jahren: Wir wollen keine Kolonien! Vor 26 Jahren: Nur Reichsoberhoheit über kaufmännische Nebenfragen! Vor 19 Jahren: Noch mehr Kolonien wäre ein Unglück! Vor 11 Jahren: Kolonien als Stützpunkte für unsere Weltpolitik!

1909: Nationale Fragen!
Heber Dernburgs Wirken schreiben die Zeitfragen: „Er, der um eines lächerlichen Vertrages willen zur Leitung der Kolonialabteilung berufen wurde, hinterläßt beim Scheiden einen Nattentag sehr viel lächerliche Verträge! Er, der sich als Drahtzieher des Zentrums empfahl, hat, sobald er im Sattel saß, mit Hilfe der Herren von Nechenberg und Erzberger seine Regerverhäftelung zum Ingrimm der Kolonisten in Ost und West betriebe. Er hat das Großkapital nicht wie er versprochen, zu tatsächlichen Leistungen herangeholt, sondern ihm lediglich Spekulationsgewinne zugespielt. Er, den man als den Neorganistator der Kolonialpolitik begrüßte, hat die großen Möglichkeiten, die der Diamantenfund in Südafrika ihm bot, nicht zum Heile dieser Kolonie zu vermerken verstanden. Und schließlich noch ein. Die deutsche Kolonialbewegung hatte in ihren Jugendentagen das deutsche Volksbewußtsein und deutsche Staatsgefühl mächtig geschwächt. Als nach der durch jahrelange Mißgriffe herbeigeführten Ernennung Herr Dernburg ins Amt trat, ließen seine Neisenträge eine Neubebildung dieses nationalen Juges erwachen. Bei seinem Scheiden aus dem Amte hinterläßt er eine allgemeine Verärgerung in den Kolonien. Und er, der den Preßstimmen zur nationalen Betätigung herangezogen wurde, hinterläßt, soweit es sich um sein Einflußgebiet handelt, eine den tatsächlichen Aufgaben des deutschen Kolonialwesens mehr als je verhängnisvolle und feindlich gegenüber stehende Presse.“

Friedberg-Wädlingen, eine neue liberale Niederlage. Nach dem vorläufigen Resultat wurden bei der gestrigen Reichstags-Graswahl im Wahlkreise Friedberg-Wädlingen abgegeben für Professor van Calker (natl.) 4379 Stimmen, für v. Helmolt (B. d. L.) 6310 und für Busold (Soz.) 9419 Stimmen. Es erfolgt somit Stichwahl zwischen Busold und Helmolt. Es stehen noch die Resultate von drei kleineren Orten aus, die aber an dem Ergebnis nichts ändern werden. — Auch hier ist wieder eine starke Abnahme des Liberalismus zu bemerken, auf der anderen Seite eine sehr starke Zunahme der Sozialdemokratie. Die liberalen Siegerkandidaten von Dlekt-Bezirk haben sofort wieder verlustieren müssen.

Im Landesauschluß von Elsaß-Lothringen wurden gestern ein Gehektentwurf betreffend die hampolischen Vorschriften zum Schutze des Kräftebildes und der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Sparfessengesetzes an die Kommissionen verwiesen. Des weiteren wurde ein Antrag Dittich, die Regierung wolle sich für die Amnestierung derjenigen Elsaß-Lothringer verwenden, die bis zum Jahre 1890 wegen Fahnenflucht und Verletzung der Wehrpflicht bestraft worden sind, deren Strafe aber noch nicht verbüßt oder erlassen ist, einstimmig angenommen. Die Regierung hat hierzu durch Staatssekretär Freiherrn Jörn von Bula die Erklärung ab, ihre Bemühungen seien in dieser Hinsicht bisher noch erfolglos geblieben, da sich die Bedenken gegenüber den militärischen Grundfragen nicht beseitigen ließen. Sie hoffe aber, zu ihrem Ziel zu gelangen. Es entspann sich nunmehr eine sehr weitläufige Debatte über die Verfassungfrage, wobei von Abgeordneten Wetterle vor allem gegen die „Straßburger Post“ protestiert wurde, deren Redaktionen, welcher erst vor kurzem eingewandert sei, vom Staatssekretär Delbrück empfangen worden und zu den wichtigsten Beratungen zugezogen worden sei, während die mit den Verhältnissen vertrauten Politiker ausgeschlossen waren. Staatssekretär Freiherr Jörn von Bula lehnte es ab, über die Verfassungsfrage zu reden, bestritt aber die Richtigkeit der Wetterle'schen Behauptung. Betont wurde ferner von dem Abgeordneten, daß man sich nur mit der Verleihung der vollständigen Autonomie befriedigt erklären könne.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlen in Ungarn sind nun im ersten Wahlgange erledigt. Das Wahlergebnis läßt sich jetzt übersehen. Die Mandate der einzelnen Parteien verteilen sich folgend: Regierungspartei 248, Justizpartei 38, Sozialpartei 49, Volkspartei 13, parteilose 67er 20, parteilose 48er 12, Nationalitäten 3, unabhängige Landwirte 3, Demokraten 2, Christlichsozialer 1. In 21 Bezirken sind Stichwahlen notwendig.

Wie in Ungarn gewählt wurde, läßt sich die „Reichspost“ aus Wien-Pest melden: Ein großer Wahlwindel wurde ex offio im Wahlbezirke Albing angeführt. Der bisherige rumänische Abgeordnete Maniu hatte dort seinen toisährigen Bezirk. Nichts schien diesen rumänischen Besitz erschüttern zu können. Die Beamten, die den Auftrag hatten, den Bezirk um jeden Preis für die Regierungspartei zu erobern, waren verzweifelt. Nicht einmal Gewalt versprach in diesem Bezirke Erfolg. Da kam man auf einen besonderen Einfall. Am Tage vor der Wahl brachte man einen Apotheker aus Pest, der zufällig ebenfalls Maniu heißt, in den Wahlbezirke von Albing und er meldete seine Kandidatur an. Niemand wußte etwas davon. Nächsten Tages erschienen die rumänischen Bauern und erklärten in der mündlichen Abstimmung, Maniu zu wählen. „Welchen Maniu? Es sind zwei da!“ lautete die Antwort des Wahlpräsidenten. „Nun, unseren Maniu, den wir alle kennen!“ Die meisten Bauern wußten den Vornamen ihres Maniu und seinen Wohnort nicht anzugeben und so erklärte der Wahlpräsident alle diese Stimmen für ungültig, denn die Wähler wußten angeblich nicht, welchen Maniu sie wählen wollten. Und da die auf den Namen Maniu abgegebenen Stimmen annulliert wurden, siegte mißlos der Regierungskandidat mit der Majorität, die er brauchte. . . .

Italien.

Eröffnung des Schulkampfes in Italien. Der „Corriere d'Italia“ veröffentlicht ein Zirkular, das der katholische Wahlverband Italiens an die Depu-

tierten katholischer Gesinnung gerichtet hat. In diesem Zirkular wird den Deputierten die Tagesordnung mitgeteilt, die der Verband mit Bezug auf die Volksschulvorlagen Trebar-Danco angenommen und an alle Gemeindeverwaltungen des Landes gefandt hat. Die Tagesordnung lenkt die Aufmerksamkeit der Gemeinden auf die Bedrohung ihrer Interessen und ihrer Rechte an der Leitung und Verwaltung der Schule und mahnt sie, die Gemeindeautonomie aufrecht zu erhalten. Das Zirkular konstatiert, daß die vorgeschlagene Reform der Schulgesetzgebung nicht mit den wirtschaftlichen Bedingungen zusammenhängt, die allein wirklich notwendig und dringlich sind, daß außer den finanziellen Konsolidierungen der Gemeinden andere administrative Verbesserungen getroffen werden können, die nicht die Autonomie der Gemeinde antasten, so die Einrichtung idokratischer Direktorate, daß das neue Reglement ein offizielles Mittel zur Verstaatlichung der Schule ist, für die in Italien kein Bedürfnis besteht, daß die Verstaatlichung ein Joch der Dienbarkeit und Gewalt gegen die gesunde legitime Gewissensfreiheit darstellt, daß die Verstaatlichung der Schule den Religionsunterricht verdrängen würde, dem vielmehr eine normalere und sicherere Situation gebührt. Der Schulkampf ist also in Italien auf der ganzen Linie eröffnet.

Balkanstaaten.

Zur Kretafrage. Eine amtliche Note der englischen Regierung stellt in Kreta, so die französische Regierung eine Regelung der kretischen Frage in Vorschlag gebracht habe und daß das auswärtige Amt aus dynastischen oder anderen Gründen diesen Vorschlag abgelehnt habe. Bis zum heutigen Tage heißt es in der Note, ist ein Regelungs-Vorschlag nicht gemacht worden. Der dem Duai d'Orsay nahe- stehende „Reit Parisien“ schreibt über die Kretafrage: Man darf sich nicht verheßen, daß die Diplomatie die Lage für heikel und verwickelt, ja selbst für beunruhigend hält. Die griechische Regierung hat bei den Mächten auf die den Verträgen zuwiderlaufende Konfotierung der griechischen Maren hingewiesen und die Mächte haben ihre Interventionen verprochen. Es fragt sich nun, ob die Worte selbst in diesem Sinne sind, diese Bewegung nunmehr einzudämmen. Eine provisorische Lösung genügt jetzt nicht mehr. Mögen die Kreter die muslimanischen Deputierten zur Nationalversammlung zulassen oder nicht, das wird die Lösung der Frage keinen Schritt vorwärtsbringen. Es handelt sich darum, zu wissen, ob Kreta griechisch sein wird oder ob die Souveränität der Türkei bei der Aufrechterhaltung der Autonomie der Insel erhalten bleibt. Die Verhandlungen der Schutzmächte über diesen Punkt dauern fort. Frankreich, das in der ganzen Angelegenheit am wenigsten beteiligt ist, da es weder von Familien-rücksichten, wie Rußland, noch von strategischen Erwägungen, wie England, geleitet wird, hat neue Vorschläge erlassen. Minister Bidon hat eine Konferenz der Vorkämpfer der Schutzmächte in London unter dem Vorsitz Greys angeregt. Italien und Rußland haben diesen Vorschlag bereits günstig aufgenommen. Die englische Regierung ist jetzt mit seiner Prüfung beschäftigt.

Spanien.

Liberaler Regierungspolitik. In einer Rede von liberalen Senatoren und Deputierten betonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit der Wenderung des Steuerplans. Die Reichsteuern müßten den größten Teil der Steuerlasten tragen. Durch die im künftigen Erlaß vom 11. d. M. erwähnte Aufhebung des Artikels 11 der Verfassung sei die Verfassung in keiner Weise verletzt worden. Der Protest des h. Stuhls habe ihn nicht weiter aufgeregt. Der Ministerpräsident hat schließlich hervor, daß seine Abwesenheit im Parlament immer kurz sein werde. Die liberale Partei habe immer andere Führer nötig. Diese Erklärung wurde lebhaft erörtert.

England.

Revision der Zivilliste. Schatzkanzler Lloyd George legte dem Unterhaus eine Volkshaft des Königs vor, in der auf die Notwendigkeit einer Revision der Zivilliste hingewiesen und verlangt wird, daß eine besondere Vorfrage getroffen werden soll für die Königin Mary in dem Falle, daß sie den König überlebt und für die jüngeren Kinder des Königs bei ihrer Großjährigkeit oder Heirat. Die Volkshaft teilt ferner mit, daß der König nicht beabsichtigt, von dem Hause eine Pension für den Prinzen Edward zu verlangen, da die Einkünfte des Herzogtums Cornwall ausreichen seien für seinen Unterhalt. Aber im Fall der Verheiratung des Prinzen wünscht der König, daß für seine Gemahlin entsprechend geforgt werde. Aquith legte gleichfalls eine Volkshaft des Königs vor, welche eine Bestimmung für eine eventuelle Regentenschaft empfahl.

Frauenkennrecht. Die erste Lesung des Gesetzes betreffend die Ausdehnung des parlamentarischen Wahlrechts auf die Frauen zu denselben Bedingungen wie bei den Municipalwahlen wurde ferner angenommen. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß der Gehektentwurf in dieser Session erledigt wird.

Baden.

Karlsruhe, 15. Juni 1910.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Professor Dr. Hermann Mayer am Verholschlymnasium in Freiburg das Ritterkreuz erster Klasse des höchsten Ordens vom Bähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Amtsrichter Dr. Emil Fiebler in Forzheim zum Landrichter in Mosbach zu ernennen und den Oberamtsrichter Dr. Moriz Giffasser in Mannheim in gleicher Eigenschaft nach Forzheim zu versetzen.

Die geschichtlichen Argumente des „Volkstreue“. Unser Berichterstatter, der über die Vorträge des Resolutionspaters Seiler im katholischen Arbeiterverein in Karlsruhe berichtete, schrieb u. a.:

„In den Ausführungen des hochw. Herrn Vater Seiler hat nichts von Vaterlandsehrlichkeit herausgehungen. Im Gegenteil. Würden alle Männer seine Ausführungen befolgen, so dürften unsere Fürsten ruhiger ihr Haupt in den Schoß eines jeden Unterthanen legen, als wenn die Männer sich nach der Weisheit deren um Dr. Frank und Stoll richten.“

Das gibt einem Mitarbeiter des „Volkstreue“ Veranlassung, seine etwas einseitigen, defekten Gesichtskennntnisse über die Jesuiten auszukramen ganz in dem Sinne, wie man es bisher nur in national-liberalen Blättern gelesen hat. Man sieht daraus,

Dass sich gewisse kulturkämpferische Kräfte im Großstadtbereich immer mehr auf die Sozialdemokratie übertragen. Veranlassung hatte der Herr gewiss keine, seine alten Läden hinter gegen unsere Bericht-erlatter anzubieten; denn was unter Bericht-erlatter schrieb, entspricht lediglich den Tatsachen. Was der Jesuitenpater Seiler seinen Zuhörern sagte, das konnte sie nur befestigen in ihrem christlichen Glauben und Leben und dazu gehört die Treue gegenüber dem angestammten Fürstenhaus, während die Aufregungen, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Frank und Stoll vertreten, zur Abschaffung der Monarchie, zur Einführung der Republik, kurzum, zur Revolution führen. Das wird doch der Volksfreund nicht be- streiten wollen? Oder ist der Revisionismus der badischen Sozialisten bereits so weit gediehen, daß sie sich sogar wenigstens zu Verunsicherung der bürgerlichen Klassen hinüberlassen? Das glauben wir denn doch nicht, wenn wir auch mit der Zeit daran gewöhnt worden sind, allerlei und vieles von der Sozialdemokratie zu glauben.

Um überhaupt etwas an der Sache herummäkeln zu können, muß der Gewächsmann des „Volksfr.“ den Streitpunkt verdrehen. Er wirft die Frage auf, wie denn die Jesuiten überhaupt zu den Fürsten ge- kommen seien und bringt dabei so ziemlich alle die bekanntesten Verleumdungen vor, welche die zahl- reichen Feinde der Jesuiten gegen diese jemals er- hoben haben. Er schreibt u. a. von den Jesuiten in Frankreich im 16. Jahrhundert: „Man traute ihnen nachgerade jede Untat zu, insbe- sondere die Verrätherische, unheimliche Nachhader- beuge. Tyrannen“ mittels Gift und Dolch. Der An- schlag eines ihrer Schüler Jean Chotel gegen Hein- rich IV. bewirkte ihre Ausweisung aus „einer abseits- lichen und teufelischen Gesellschaft, Verberberin der Jugend und Feindin des Königs und des Staates“. Später, als sie bei Heinrich IV. wieder in Gunst kamen, und er sogar einen Jesuiten als Weidwader wählte, soll er gesagt haben: „Es ist besser, mich ihnen anzuvertrauen, als einig vor ihnen zu güteln.“

„Man“ traute den Jesuiten jede Untat zu, schreibt der „Volksfreund“. Wer ist dieser „man“? Dieser „man“ ist niemand anders als die Feinde der Jesuiten. Was würde der „Volksfr.“ wohl dazu sagen, wenn jemand ohne weiteres die Sozialdemokratie lediglich nach dem beurteilen wollte, was der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie über diese sagt und schreibt? Er würde sich mit Recht dagegen wehren, und zwar recht temperamentsvoll; und doch ist der Reichsverband fester weit loyalere und zuverlässigere in seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie, als die Feinde der Jesuiten es gegen letztere waren und sind. Was das Attentat des Jesuitenschülers Jean Chotel angeht, der dem König Heinrich IV. den Dolch durch die Lippen stieß, ihn aber nur um einen Zahn brachte, so war es nicht als eine Verleumdung, wenn man es den Jesuiten in die Schuhe schiebt. Wenn Chotel selbst verwarft sich noch auf der Folter dagegen, daß die Jesuiten, und speziell seine Lehrer, die Väter Guiseet und Guignard, auch nur das Geringste von seinem Plan gewußt oder ihm Beistand hätten, welche ihn zu dem Attentat veranlaßt hätten. Der König blieb den Jesuiten auch nach wie vor gewogen; es war nur das Parlament, das die Jesuiten aus den Teilen Frankreichs auswies, die zur Jurisdiktion des Pariser Parlaments gehörten, und der König Heinrich IV. verwarfte sich energisch dagegen, als das Parlament die Jesuiten auch aus den andern Teilen Frankreichs vertreiben wollte. Der „Volks- freund“ berichtet etwas, was der König über die Jesuiten gesagt haben „soll“. Wir wollen hierher setzen, was der König im Parlament gesagt hat über die Jesuiten, die im Jahre 1603 wieder zurück- berufen wurden. Der König hielt damals im Par- lamente eine Rede, die sich alle Jesuitenfeinde hinter die Ohren schreiben sollten, und die geradezu klassisch genannt werden kann. Zu dieser Verteidigungsrede des Königs für die Jesuiten rief er unter andern den Pariser Gelehrten und Professoren zu:

„Zum Vorwurf wird ihnen gemacht, daß sie die tüchtigen Köpfe der Jugend für sich gewinnen; bringt das doch auch zustande, wenn ihr es könnt! Da sie nun geschickt sind, schaltet sie sie!“

Dann wendet er sich an die Stellung der Jesuiten zu Staat und Monarchie ein und sagt: „Sie lehren das geringste auch nicht, dadurch die Gerechtigkeit bewegt werden mag; sie weigern sich mit gebietet. So ist auch niemand einziger zu finden gewesen, der von ihnen gelehret, die Könige und zu bringen. Darum alles nichtig ist was ihnen daß soll wird zugewiesen. Dreißig und mehr Jahren sind verlaufen daß sie die Jugend von Frankreich infizierten. Hunderttausend Studient aus ihren Collegien haben entweder ihre studia vollendet, oder sich zur Medicin und rechten Gelehrten. Gais aus diesen allen ein einziger jemals be- kannt, daß er solches von ihnen gelehret oder gebietet? Ich sage noch wohl mehr: die hebräische Medicantien, so bei den Jesuiten viel Jahre gelebt haben und sind furch- bar. Man frage sie was sie von der Jesuiten leben und lehren halten. . . . Ihrer keiner kommt etwas von der Jesuiten leben strafen zu.“

Und dann hielt der König, der nicht daran glaubte, daß Jean Chotel irgendwie von den Jesuiten zu seinem Attentat veranlaßt war, den Gegnern der Jesuiten entgegen:

„Wenn nun aber wirklich ein Jesuit auf die Idee des Mordes gekommen wäre, was kam sein Orden dafür? Kann müßte alle Finger die Schuld des Verbrechens tragen. Kann müßte ich für alle Väter, Grausamkeiten meiner Soldaten büßen. Mein, denn dem Orden würde ich den Jesuiten des Einen nicht nachtragen, diesem Einen aber verzeihen, wie ich täglich Gott bitte, meinen Fein- den zu verzeihen.“

Gerade als ob der König genügt hätte, was der „Volksfreund“ einst schreiben würde. Wir denken, das genügt. Was der „Volksfreund“ beim sein Ge- wächsmann weiter schreiben, steht auf derselben Höhe, wie das schon Gekennzeichnete. Natürlich bringt er auch die Aufhebung des Ordens durch den Papst Clemens XIV. Der schwache Papst hat sich bekanntlich zu dieser Aufhebung drängen lassen und hat es selbst später gesagt „coactus fecti“, nur ge- zwungen von den vorkommenden heftigen Stimmen der Bourbonnen und anderen tat er es. Und die Auf- hebung wurde bekanntlich später wieder rückgängig gemacht. Aber gerade Friedrich der Große, den der „Volksfreund“ mit einem Auspruch gegen die Jesuiten anführt, war es, der damals die Jesuiten nach Preußen aufnahm, weil sie vorzügliche Lehrer seien. Er mußte deshalb auch nicht für so schlimm gehalten haben. Und wiederum war es Friedrich der Große, der die Jesuiten in Schy nam in einem Brief an D'Alembert gegen den verleumderischen

Vorwurf, den der „Volksfreund“ ebenfalls erwähnt, sie hätten den Papst Clemens XIV. vergiftet: „Ich bitte Sie, Friedrich der Große, nicht leichtsin- den Gerüchten, welche man verbreitet, Glauben beizulegen. . . . Nichts ist unrichtiger als das Gerücht von der Vergiftung des Papstes.“

Merkwürdig, daß wir hier den „Volksfreund“ in der Gesellschaft treffen. Er scheint kein Amt oft mit dem eines nationalliberalen Blattes zu versehen. Er hat aber doch wenigstens ein Gefühl dafür, daß das nicht so ganz für ihn paßt. Er schreibt schließ- lich, er habe bloß zeigen wollen, „daß der Schöps- derer um Ignatius von Loyola ein Aufbegehren für das Goupi der Fürsten von höchst zweifelhaftem Wert sei.“ Das hat der „Volksfreund“ nun nicht bemerkt. Er hat sich vielmehr nur alter unwahrer Annahme gegen die Jesuiten bedient und mit nichts den Nachweis geführt, daß die Fürsten irgendwelchen Grund hätten, den Jesuiten in bezug auf Fürsten- treue zu misstrauen. Mit nichts hat er aber auch den Nachweis geführt, daß der „Schöps derer um Dr. Frank und Stoll“ ein Aufbegehren für das Haupt der Fürsten ist. Diesen Nachweis kann er unmöglich führen, denn Stoll und Frank sind Sozialisten, die auf politischem Gebiet die Republik (also Abiegung der Fürsten) erstreben. Aber es ist bezeichnend genug, daß die badische Sozialdemokratie heute bereits immer mehr mit den verrottenen Waffen des Nationalliberalismus kämpft. Zum Schluß können wir das Kompliment, das der „Volksfreund“ in unser Berichterstatter zu Unrecht macht, glatt zurückgeben:

Der Gewächsmann des „Volksfreund“, mag also, wenn er nichts weiß und nichts versteht, in Zukunft seine dummdreisten Anrempelungen der Jesuiten ge- fälltigst unterlassen“. Interessant bleibt es aber, daß der „Volksfreund“ es heute als eine „dummdreiste Anrempelung der Sozialdemokratie“ ansieht, wenn man behauptet, die „Weisheit derer um Dr. Frank und Stoll“ stärke auf seinen Fall die Fürstentümer! Da muß man wirklich fragen: Will die badische Sozialdemokratie schließlich alle Grundzüge ver- leugnen — um des guten Großblockwedes willen?

Das ist denn doch zu stark! Die „Bad. Presse“ Nr. 267 vom 14. Juni bringt einen Bericht über eine Hegerversammlung des Evangelischen Bundes in Mannheim, auf welcher ein gewisser Stadtpfarrer Kalle-Feuerbach sprach. Die- ser Herr hat nach dem Bericht

seine Ausführungen auf historisches Tatsachenmaterial gegründet, das ihm als Verfasser einer Broschüre über das würtembergische Klosterwesen in Fülle zu Gebote stand. Das Klagen, so führte er von der Verarmung lebhaft begründete Redner aus, ist in der römisch-katholi- schen Kirche eine ständige Institution geworden. Wenn ein Mensch, der vorher nicht zur allein selig machenden Kirche gehört, katholisch wird, muß er einen früheren Glauben verlassen. Am Gründonnerstag tritt der Papst auf den Altar seines Palastes und verflucht alle Andersgläubigen. Aber damit nicht genug, erläßt er von Zeit zu Zeit einen solchen Fluch, der sich über die ganze Welt verbreitet, weil er schon gedruckt wird, einen Mundfluch oder eine Exkommunikation, was dasselbe ist. Das deutsche Volk hat die Sache missfällig aufgenommen, und selbst gute Katholiken missbilligen die ganze Prozedur. Wir wollen nicht wiederhaken, sondern im Gegenteil sagen, an dem Papst Sünden tun, indem wir ihm und den andern sagen, was Wahrheit ist.

Eine dümmere und heftigere Leistung ist uns schon lange nicht mehr unter die Augen gekommen. Der Mann will Gesandtschaft kennen, weil er eine Broschüre über das würtembergische Klosterwesen herausgegeben hat. Was eine herrliche Broschüre sein! Es ist eine Unmöglichkeit, daß der Papst am Gründonnerstag alle Andersgläubigen verflucht. Der Papst verflucht überhaupt nie und nirgends Andersgläubige. Er verwirft nur Irrtümer. Es ist auch schon deshalb ein Unfuss, das vom Papst zu sagen, was der Mann im Evangelischen Bund sagte, weil am Karfreitag bekanntlich für alle öffentlich und feierlich in jeder katholischen Kirche gebetet wird, für Protestanten, Juden und Un- gläubige. Am Gründonnerstag dieselben Menschen zu verfluchen, für welche am Karfreitag öffentlich und feierlich gebetet wird, wäre aber ein Widerspruch. Eine Exkommunikation einen Mundfluch nennen ist eine Unmöglichkeit und Ungezogenheit sondergleichen, und eine schwere Verleumdung für uns Katholiken. Es ist traurig, daß der Evangelische Bund die ganze Sache lediglich benutzt zu einer infamen Verleumdung. Un- fertigkeiten mag er protestieren, aber er soll wenigstens dazu Redner verwenden, welche über eine etwas gründlichere Bildung verfügen, als der Herr Stadtpfarrer Kalle.

— Karlsruhe, 14. Juni. Wie das „Heidelberger Tagblatt“ hört, ist der Landtagsbeschluss vor dem 11. oder 12. Juni nicht zu erwarten. Berichterstatter der II. Kammer für die Gemeinde- und Städte- ordnungsreform wird Oberbürgermeister Dr. Winterer sein.

Kleine badische Chronik.
+ Kras bei Durlach, 14. Juni. Heute morgen erschloß sich in seiner oberen Wohnung der 20jährige Fabrik- arbeiter Karl Joh. Motiv der Tat unbekannt.
+ Gernsbach, 14. Juni. Die Ehefrau des Schreiners Bahmann wollte mit Holzspänen Feuer machen. Dabei gerieten ihre Kleider in Brand. Sie erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß sie bald darauf im Krankenhaus starb.
+ Baden-Baden, 14. Juni. Der auf dem hiesigen Katholikenseminar 22 Jahre alte Koloniar Eugen Faust fiel gestern abend von einem in voller Fahrt befindlichen Wagen der elektrischen Straßenbahn und zog sich so schwere Verletzungen am Kopf und Bein zu, daß er sofort tot war. Man vermutet, daß er von einem Schwinkel erfaßt, auf der Plattform des Wagens plötzlich das Gleichgewicht verlor und abfiel.
+ Mörns, 15. Juni. Gewaltige Gewitter mit heftigen Regenschauern im Regen gingen gestern abend im Mörns, in Sasbach und im Mörnsal nieder. Acher, Lauterbach und Mörns traten über die Ufer und richteten großen Schaden an. Der Bahndamm zwischen Mörns und Mörns ist überflutet. Die Züge konnten nur in lang- samer Fahrt dahinfahren.
+ Offenburg, 15. Juni. (Telegramm.) Laut Ver- öffentlichung der hiesigen Betriebsinspektion mußte gestern abend der Betrieb der Reichsbahn von Oberkirch bis Oppenau eingestellt werden. Voraussichtlich kann die Wiederaufnahme heute nach- mittag erfolgen. Eine Reihe durchgehender Züge erlitt durch das Hochwasser Verpöpfung.
+ Wiltungen, 15. Juni. Unsere Nachricht von dem Wahlergebnis zur Handwerkskammer behaft inlötern der Berichtung, als nicht Schreinermeister Göttscher, den es hier nicht gibt, sondern Schlossermeister Göttscher, der besonders in Handwerkerzügen emsig tätige Zentrum-

abgeordnete zum Mitglied der Handwerkskammer gewählt wurde.
Erdmannsweiler, 14. Juni. Der 55 Jahre alte Tagelöhner Christian Schwarzwälder stürzte in an- getrunkenem Zustande letzte die Treppe hinunter, daß er am anderen Tage starb. Seine Frau, die ebenfalls von der Arbeit zurückkehrte, fand ihn tot im Zimmer liegen.
Mörns, 14. Juni. Gestern ist der Brauer- direktor Stark in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Wie der „N. Post.“ Abendg.“ mitteilt, wird, beläuft sich die unterjährige Summe auf 36 000 Mk.

Lokales.
Karlsruhe, 15. Juni 1910.
X Männerwallfahrt. Die gelösten Gutscheine können von heute an gegen die Fahrkarte und das Pilgerzeichen umgetauscht werden. Der Umtausch findet bei den Stellen statt, bei denen die Gutscheine gelöst worden sind. Für die Distanz ist zu bemerken, daß auch in dem heutigen Vereinsabend des Männervereins, in dem bekanntlich Herr Stadtpfarrer Stumpf sprechen wird, Fahrkarten und Pilgerzeichen in Empfang genommen werden können. Auch Neuanmeldungen zur Pilgerfahrt können dort noch gemacht werden. Das badische Hinterland rief sich, die Männer des Hinterlandes zu empfangen. Von Zanterschloßheim kommt jedoch ebenfalls ein Männerpilgerzug, um mit dem Mannheimer und Karlsruher katholischen gemeinsam den Tag zu begehen. Wer deshalb noch nicht im Besitze einer Fahrkarte ist, der möge sich beeilen, sich eine solche zu verschaffen. Es wird aller Voraussicht nach ein herrliches und hoffentlich gnadenreiches Fest geben.

Erklärungen zur Enzyklika.
Berlin, 15. Juni. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der diplomatischen Aktion, die in Sachen der Vorromän-Enzyklika eingeleitet worden ist, macht die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Mitteilungen:
Am 6. Juni vor dem preussischen Gesandten beim Vatikan telegraphisch die Weisung erteilt worden, dem Kardinalstaatssekretär eine Note zu übergeben, in welcher die preussische Staatsregierung aus den in der Erklärung des Ministerpräsidenten namhaft gemachten Gründen gegen die auch an den preussischen Bischof gerichteten Kundgebungen der Enzyklika Verwahrung einlegt. Zugleich weist die Staatsregierung darauf hin, daß die Verantwortung für die Störungen des konfessionellen Friedens, welche die Folge des Mundschreibens sind, allein diejenige Stelle trifft, von der es ausgegangen ist. Dies glaubt die preussische Regierung, die beim Apostolischen Stuhl im Interesse guter Beziehungen zwischen Staat und Kirche eine diplomatische Vertretung unterhält, durch ihren Vertreter mit um so größerer Be- rechtigung ausprechen zu können, als sie ihrerseits ge- treten ihren verfassungsmäßigen Aufgaben bestrebt ist, mit allem Ernst und allen Mitteln die Wahrung und Festigung des Friedens zwischen der evangelischen und der katholischen Bevölkerung des Staates zu fördern. Der Gesandte führte den Auftrag am 8. Juni aus. Er sprach dabei der ihm erteilten Instruktion gemäß die be- stimmte Erwartung aus, daß die päpstliche Kurie Mittel und Wege finden werde, die geeignet sind, die aus der Veröffentlichung der Enzyklika sich ergebenden Schäden nach Möglichkeit zu beseitigen. Insbesondere müssen wir erwarten, daß die Enzyklika in den deutschen Diözesen weder von der Kanzel verkündet, noch durch die bischöflichen Verordnungsblätter veröffentlicht werde. Am 11. d. M. ist dem Gesandten amtlich er- klärt worden, daß der Papst bereits den deutschen Bischöfen den Befehl gegeben habe eine solche Verurteilung und Veröffentlichung zu unter- lassen. Am 13. d. M. hat die Kurie dem Gesandten eine vom Kardinalstaatssekretär unterzeichnete Note beibringt, in der es im Hinblick auf die Erregung, die in der preussischen Bevölkerung herrscht, heißt: Der hl. Stuhl glaubt, daß der Ursprung dieser Erregung darauf zurückzuführen ist, daß der Zweck nicht richtig erklärt wurde, auf welchen die Enzyklika gerichtet war, daß daher einige ihrer Sätze in einem Sinn ausgelegt worden sind, der den Absichten des hl. Stuhls völlig fremd ist. Es liegt daher dem unterzeichneten Kardinal daran, zu erklären, daß Se. Heiligkeit mit wahrhaftem Bedauern die Nachricht von einer solchen Erregung vernommen habe, da, wie schon öffentlich formell erklärt ist, irgend welche Absicht, die Nichtkatholiken Deutschlands oder dessen Fürsten zu kränken, seiner Seele ganz und gar fern lag. Der hl. Vater hat übrigens niemals die Gelegenheit vorbe- reiten lassen, um seine aufrichtige Achtung und Sympathie für die deutsche Nation und ihre Fürsten zu betonen. Er habe noch bei einer kürzlichen Gelegenheit die Freude gehabt, diese seine Gefühle zu wiederholen.

Man muß sich wundern, mit welcher Promptheit die preussische Regierung diesmal gearbeitet hat. Das hat sie sicher nicht getan, weil sie eine paritätische Regierung ist, sondern aus einem andern Grund, der sich aus ihrer ganzen Zusammenlegung ergibt. Wie wenig der Papst bei der Enzyklika an eine Verleumdung der deutschen Protestanten dachte, ergibt sich auch aus dem, was die preussische Regierung und aus der Tatsache, daß die Enzyklika in Deutschland offiziell nicht veröffentlicht wird. Letzteres ist ein Entgegenkommen des Papstes von hoher Bedeutung.

Die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal.

Wien, 14. Juni. Bei dem in der vorhergehenden Nacht an der Oberahr niedergegangenen schweren Un- wetter wurden durch den wolkenbrüchigen Regen die Brücken und Anlagen an der Bahnbaustraße Remagen- Liependorf zerstört. Zwei Kanonen wurden fortge- schwemmt, wobei eine große Anzahl Eisenbahnarbeiter, Kroaten und Italiener, mittrieben, die nicht mehr ge- rettet werden konnten. Man schätzt die Zahl der Ver- wundeten auf 40. Die Verwundeten sind furchtbar. Den Leuten in Ahrweiler, die vollständig abgesehen sind, muß in Rähen Nahrung gebracht werden. Um 12 1/2 Uhr hatte das Wasser den höchsten Stand erreicht und es fällt nunmehr schnell, jedoch die Gefahr jetzt als beseitigt gilt. Die Baracken der Arbeiter an der neuen Bahnhofsbrücke sind mit ihrem ganzen Inhalt fortgeschwemmt worden. Bisher wurden drei Leichen an Land gespült. Berlin, 14. Juni. Das „B. Z.“ berichtet aus Bonn: Die Zahl der bei der Ueberschwemmung im Ahr- tal abgetriebenen Personen wird auf 150 angegeben. 37 Leichen wurden bereits gelandet. Ahrweiler, 15. Juni. Da nun das Hochwasser der Ahr langsam zurückgeht, läßt sich erst erkennen, welche unglückliche Unglück die Hochflut im Ahrtale an- gerichtet hat. Einzelne Dörfer sind völlig vernichtet, einige Städte ohne Beleuchtung. Die Zahl der Vermissten wird jetzt auf 200 angegeben.

Wien, 14. Juni. Durch die Unwetterkatastrophe sind, wie von unrichtiger Seite berichtet wird, im Kreise Adenau allein gegen 50 Personen ums Leben ge- kommen. Der mittlere Oberrhein liegt ganz unter Wasser und zwar bis zum 1. Stod. Die Arbeiten beim Bahn- bau Remagen-Liependorf sind vollständig zerstört. Damit ist die Arbeit von 6 Monaten vernichtet. Der Material- schaden ist nicht zu übersehen. Schuld, 14. Juni. Bis gestern nachmittag waren 49 Tote angepöft. Man befürchtet, daß 70 Arbeiter um- gekommen sind. Ahrtal, 15. Juni. Die Aufräumungsarbeiten am Bahnbau schreiten rasch voran. Außer den gemeldeten Toten werden noch 70 Arbeiter vermist.

Vermischte Nachrichten.

Hochwasser.
Gerolstein, 14. Juni. Im Eifelort Böh- nung lag das Wasser in den Straßen zwischen zwei Wellen- brüchen einen Meter hoch. Zwei Arbeiter sind ertrun- ken. Pöfen, 14. Juni. Infolge anhaltenden, wolken- brüchigen Regens ist die Böll in der Ufer getreten. Die Gegend südlich von Koblenzwanau gleicht einem un- geheuren See. Die Feuerwehren von Schwanau und Pöfen sind zur Hilfeleistung ausgerückt. Der See ist gleichfalls über die Ufer getreten. Man befürchtet eine Katastrophe, da es anbauend regnet. Oer am er gau, 14. Juni. Der Bahn- wehr ist laut Mitteilung der Bahnsation infolge Hoch- wassers unterbrochen.

Garmisch, 14. Juni. In bergangener Nacht ging über Garmisch-orienten ein schweres Unwetter mit Wolkenbruch nieder. Die niedriger gelegenen Teile beider Orte sind überschwemmt. Der Bahndamm steht unter Wasser. Eine amtliche Bekanntmachung besagt, der Ge- samtwort auf der Strecke Murnau-Garmisch mußte heute früh eingestellt werden. Innsbruck, 14. Juni. Aus vielen Teilen Nord- tirols laufen Hochwasser und Mahr- brüche ein. Alle Flüsse sind in rapidem Stei- gen begriffen. Die Stauwerke in der Gegend eines Erdbebens beim Innsbrucker Gletscher sind den Wer- ke re eingestürzt. Der Regen dauert an.

Schiffsunglück.
Berlin, 15. Juni. Ein schweres Unwetter ging gestern abend in der Stunde über Berlin und Um- gebung nieder. Der Regen floß mit solcher Heftigkeit, daß ganze Stadtviertel in kurzer Zeit überflutet waren. Der Ansturm auf die Feuerwehre war so groß, daß immer nur ein Wagen zur Hilfeleistung abgeholt werden konnte. Bei der Berliner Feuerwehre liegen an dem Abend über 200 Mannierungen ein.

Schiedsgericht.
Willemsstad (Curaçao), 14. Juni. Der Re- gierungsdonator von Oranien ist gefrandet. Der Kapitän, die Mannschaft und alle Passagiere sind bis auf fünf ertrunken. Unter den Ertrunkenen befindet sich auch der Gouverneur von Buenos-Aires.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Einigung im Baugewerbe.
Dresden, 14. Juni. Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht, die heute eröffnet wurden, führten zu einem Ergebnis für München und Nürnberg, wo einige Löhnerhöhungen demittigt wurden. Die Beratungen wurden hierauf abgebrochen und auf morgen verlag.

Berlin, 15. Juni. Die Verhandlungen des Schiedsgerichts im Baugewerbe, die gestern in Dresden ihren Anfang nahmen, haben sich mit den Differenzen in etwa 600 Städten zu befassen. In Rheinland und Westfalen wird die Arbeit heute allgemein wieder aufgenommen und zwar zu den vom Schiedsgericht festgelegten Bedingungen.

Zur Verhütung der Brechdurchfälle und Sommer- diarrhöen.
Die darin enthaltenen Einwirkstoffe bilden für die Krankheits- erregere einen sehr ungunstigen Nährboden, wodurch das Aus- treten von Brechdurchfällen hintangehalten wird. Der Milch zugelegt, macht es dieselbe leichter verdaulich und steigert deren Nährgehalt in hohem Maße.

Dankagung.
Für die wohlthunenden Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres nun in Gott ruhenden, lieben Gatten und Vaters,
Julius Areß,
Lokomotivführer,
sowie auch für die trostreichen Krankenbesuche, die zahl- reiche Leichenbegleitung und die reichen Kranzpenden, insbesondere den Herren Kollegen, dem kathol. Männer- verein Constantia, dem Arbeiterverein der Südstadt, ferner den ehrenwürdigen Schwägern vom St. Bernhardsbusch für die aufopfernde Pflege sagen wir allen den innigsten Dank.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Katharina Areß, Wwe., und Kinder.

Öwig = Licht = Del,
nach kirchl. Vorschrift, verwendet zu 80 Pfg. per Liter von 20 Liter an franco jede Verpackung. Als Probe 4 Pfr. incl. Kanne Mk. 1.50 franco jede Postanstellung. Versandgefäße in jeder Größe vorräthig. — **Garantie:** Zurück- nahme auf meine Kosten, wenn das Del oder später der Delrest nicht tabellos brennt.
J. M. Gillet,
Bergabern (Pfalz).
Beste Bezugquelle für Originaldöchte und Gläser.
Der Neuanstrich
von 5 öffentlichen Bedürfnisanstalten soll vergeben werden. Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis
Dienstag, den 28. ds. Mts.,
vormittags 10 Uhr,
beim hies. Tiefbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 134, einzureichen, wofür die Be- dingungen zur Einsicht aufzulegen und Angebotsvorzude abgegeben werden.
Karlsruhe, den 10. Juni 1910.
Städt. Tiefbauamt.

Der
Inventur-Verkauf
der Firma
Leipheimer & Mende
Spezialhaus für Stoffe
169 Kaiserstrasse

Damenkleider-Stoffe
Reinwollene Sommergewebe
Mk. 1.—
Für Kleider und Blusen.
Für Röcke und Kinderkleider.

Wasch-Stoffe
Solide Zephirs
Mk. —.35
Für praktische Sommerkleider und Blusen.

Aussteuer-Stoffe und Weisswaren
Restbestände in Tuch-, Bett- und Küchen-Wäsche ausserordentlich billig.

Anzug-Stoffe
Praktische Gewebe
von Mk. 2.50 an
Zu Anzügen, Hosen, Paletots und Schul-Anzügen.

Konfektions-Stoffe
für Tourenröcke
Mk. 1.75
140 cm breit
ohne Futter zu verarbeiten.

Baumwoll-Flanell
per Mtr. Mk. —.60
Für Blusen, vorzüglich waschbar.

Seiden-Stoffe
Moderne Bindungen
von Mk. 1.25 an
Foulards und andere neue Gewebe für Kleider und Blusen.

Wollmusselin
Reizende Dessins
von Mk. —.75 an
Prima Elsässer Fabrikat, reine Wolle.

Halbfertige Roben und Blusen
Grosse Auswahl
in allen Farben und Stoffarten.

Um zur Inventur-Aufnahme Reste und unvollständige Sortimente gänzlich zu räumen, haben wir dieselben ausserordentlich im Preise zurückgesetzt und gewähren trotz dieser grossen Preisreduktion den üblichen Kassen-Rabatt.

Orient u. Italien

Studien- und Erholungs-Reisen
19—20 Tage — 360 Mk.

Die zwei glänzend verlaufenen Mittelmeer-Studien- und Erholungsreisen im April und Mai, deren 280 Teilnehmer hochbefriedigt schon heimkehrten, lassen die private „Freie Deutsche Reisevereinigung“ rühmlich jetzt zu den Sommer- und Herbstreisen rüsten. Die konkurrenzlos erlesenen Programme der 19—20 tägigen Reisen überbieten die Vorprogramme. Rund um Italien gehts nach Griechenland Nordafrika Corsika und Frankreich zu den schönsten Stätten der Welt: Genua Montecarlo Marseille Ajaccio Rom Capri Neapel Pompeji Palermo Tunis Carthago Malta Taormina Messina Athen Corfu und Venedig. Ueberall hinreichender Aufenthalt. Diese Reisen auf eigenen grossen erstkl. und modernen Saloonzeandampfern, deren Ausführung bestimmt ist und deren Reisegesellschaft sich stets aus allen Ständen zusammensetzt, währen vom 16. Juli bis 4. August 8. bis 27. August 4. bis 22. September und 25. September bis 13. Oktober. Durch angenehmen Zusammenschluss der Touristen zu Reisegesellschaften, eigenes Mieten grosser Dampfer, günstige Verträge mit deutschen Firmen im Auslande, bieten sich die Vorteile, für billiges Geld eine längere Auslandsreise unter deutscher Führung auszuführen. Der Reisepreis beginnt mit 360 Mk. Er schliesst volle Verpflegung mit Wein, alle Landausflüge mit allen Nebenausgaben, Reiseversicherung usw. ein. Alle reisenden Damen finden stets besten Reiseanschluss. Illustrierte Reisepläne mit allen genauen Angaben sendet kostenlos der Reiseleiter Redakteur Baum zu Duisburg 515. Bisher schlossen sich über 1100 Personen den Reisen an.

Restauration u. Schloß Klein-Rüppurr.

Direkt an der Haltestelle der Albthalbahn.
Unterzeichneter hält sich der verehrlichen Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung, sowie den Eil. Corporationen, Vereinen u. f. w. bei gelegentlichen Ausflügen und Festlichkeiten bestens empfohlen.

Anerkannte gute Küche. —: Naturreine Weine.
Eigene Schlachtung. Jeden Donnerstag Schlachttag.
Karl Ritter.

NB. Großer Saal. Nebenzimmer mit Klavier. Großer, schattiger, schöner Garten mit Terrasse.

130 Pferde Unwiderruflich nur noch 9 Tage! 200 Person.

Circus Schumann

festplatz Karlsruhe festplatz.

Heute Mittwoch, den 15. Juni:

2 Große Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr Abends 8 1/2 Uhr

zahlen Kinder halbe Preise volle Preise.

In beiden Vorstellungen ungekürztes Programm

20 erstklassige Nummern 20.

Heute Abend: „Der goldene Ritter“.

Grosser equilibristischer Lichteffekt-Akt von Herrn Oskar Schumann.

Preise der Plätze: Loge num. Mk. 3, Sperrsitz num. Mk. 2, 1. Platz Mk. 1.50, 2. Platz Mk. 1, Galerie 50 Pfg. Vorverkauf bis abends 6 Uhr in den Zigarrengeschäften H. Meyle, Marktplatz, H. Söller, Kaiserstrasse 98, K. L. Schweikert, Ecke Wald- und Kaiserstrasse, M. Heller, Kaiserstrasse 179. Die Circuskasse ist täglich vormittags von 11—1 Uhr geöffnet, an den Tagen, wo 2 Vorstellungen stattfinden, von 11 Uhr vormittags an ununterbrochen. Der Zutritt zu meinen hochinteressanten Proben, welche täglich von vorm. 10 bis 1 Uhr stattfinden, ist Erwachsenen für 50 Pfg., Kindern für 25 Pfg. gestattet. An den Tagen, wo 2 Vorstellungen stattfinden, ist keine Probe.

Hochachtung! Dir. Schumann, Ritter p. p.

Sichere Existenz

Lebensversicherung.

Zum Eintritt auf 1. August wird zur Unterstützung des Bezirksdirektor ein, tüchtiger Inspektor für organisierten Bezirk Mittel- und Oberbadens gesucht. Der Posten ist bei festem Gehalt Epaen und Fahrgelebensfähig ein dauernder. Herren aus der Lebens-Branche und solche die sich derselben widmen wollen, belieben ihre Offerten einzureichen unter „Lebensversicherung“ an Haasenstein & Vogler N.-G., Freiburg i. Br.

Städtisches Bierordtbad.

Gründlicher Schwimmunterricht

wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts.
Preis für Erwachsene 10 Mk.
„ „ „ Kinder unter 14 Jahren 6 Mk.

Bersteigerungen

von Waren, Wohnungseinrichtungen, einzelnen Möbeln jeder Art in und außer dem Hause werden jederzeit angenommen

Auktionsgeschäft **L. Fischmann,**
Herrenstraße 16.

Neuer Beruf!
Verlässliche Männer, gleich welchen Berufes, ob in Stadt oder Dorf wohnhaft, zur Uebernahme eines Verbandsgeschäftes gesucht, sehr lohnende Nebenbeschäftigung, einige Stunden Tätigkeit täglich genügen. Kapital nicht erforderlich, nur schriftliche, wenn auch einfache Leute. Anfrage unter „Verbands-geschäft“ durch Haas & Co., Glin.

Mannborg-Harmonium
Modell „Sonata“ mit 11 Registern, hervorragend schön im Ton, Preis 290 Mk., empfiehlt **Ludwig Schweisgut, Hoff.** Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 4.

Billige, neue **Pianos**
zur Ausübung einfacher Hausmusik geeignet, liefert gegen bar zu Mk. 450.— **Ludwig Schweisgut, Hoff.** Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 4.

Wohltätigkeits-Aufführung.

Sonntag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im katholischen Gesellenhaus, unter Mitwirkung der Musikkapelle des kath. Jugendvereins der Mittelstadt:

Antonius von Padua.

Ein dramatisches Gedicht in drei Aufzügen mit einem Prolog und Schlussspiel von Luise Bruhn.

Preise der Plätze: 1. Platz 1 Mk., 2. Platz 60 Pfg., 3. Platz 30 Pfg. Vorverkauf bei: Buchbinderei Dorer, Erbprinzenstrasse 19; Buchbinderei Döbler, Erbprinzenstrasse 20. — Abendkasse von 7 Uhr ab. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.